



**Berthold Huber**  
**Erster Vorsitzender der IG Metall**

**Veranstaltung „Gemeinsam für ein Gutes Leben“**

**Commerzbank-Arena Frankfurt am Main**

**5. September 2009**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich mich umschaue, kann ich nur sagen: Ich bin tief beeindruckt. Rund 45.000 Menschen sind hier. Das ist die größte Wählerversammlung der Republik. Wahrscheinlich eine der größten in der Geschichte unseres Landes.

Ich danke Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ihr eine 5, 10 und noch mehrstündige Anreise auf euch genommen habt. Ihr seid Gewerkschaft, wir sind die IG Metall. Für unsere Ziele gehen wir lange Wege. Das wird morgen auch so sein.

Ihr kommt aus hunderten Betrieben in Deutschland hierher in die Bankenmetropole Frankfurt. Stellvertretend für rund fünf Millionen Beschäftigte. Für knapp 2,3 Millionen IG Metall Mitglieder und für mehr als 480.000 Menschen, die sich an unserer Fragebogenaktion beteiligt haben.

Wir wollen ein starkes Signal setzen – mitten in der größten Krise der modernen Welt – ein Signal für eine soziale und gerechte Gesellschaft. Ein Signal für ein gutes Leben für alle Menschen!

Mehr soziale Gerechtigkeit

- das will die Mehrheit der Menschen in unserem Land,
- und das haben die Landtagswahlen am vergangenen Sonntag gezeigt.

Die Wählerinnen und Wähler im Saarland und in Thüringen haben Schwarz-Gelb die rote Karte gezeigt. Und das ist gut so!

Denn wer wie die FDP den Sozialstaat weghauen will, der gehört sofort vom Platz gestellt, der muss gleich unter die Dusche.

Aber wir dürfen uns nicht zu früh freuen: Das Spiel ist noch nicht aus.

Jetzt geht es erst richtig los.

Für uns heißt das nicht nur hier im Stadion: Kämpfen, kämpfen und nochmals kämpfen.

Wir alle wissen: Die Bundestagswahl am 27. September ist eine Weichenstellung.

Eine Weichenstellung, wie es in unserem Land in den nächsten Jahren weitergeht, welchen Weg unsere Gesellschaft nimmt.

Wir müssen alles tun, dass die Verursacher der Krise am 27. September nicht als Gewinner triumphieren.

Ungehemmtes Profitstreben und irrsinnige Renditevorgaben haben nur mehr Ungerechtigkeit, mehr Ausgrenzung und mehr Armut gebracht.

Diese neoliberale Politik, dieser marktradikale Irrsinn muss auf dem Misthaufen der Geschichte entsorgt werden.

Sie gehören ins Endlager der großen Irrtümer der Menschheitsgeschichte.

Aus der Finanzmarktkatastrophe, aus der schlimmsten Weltwirtschaftskrise seit 80 Jahren kann es nur eine Lehre geben: Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in Wirtschaft und Politik!

Und für diesen Kurswechsel streiten wir.

Und ich sage Euch: Eher geht ein Kamel durch's Nadelöhr, als dass Marktradikale und Neoliberale durch den Schaden klug werden, den sie angerichtet haben.

Sie wollen und müssen bis dato die Zeche ja nicht bezahlen.

Die Zeche sollen wir bezahlen, die Beschäftigten, die Rentner und Arbeitslosen.

Zehntausende Leiharbeiter haben in der Krise schon ihren Arbeitsplatz verloren. Sie sind die ersten Opfer. Es ist eine Schande, dass sie um den gleichen Lohn für gleiche Arbeit betrogen wurden und dann rechtlos in die Arbeitslosigkeit entsorgt wurden. Was ist das für eine Moral?

Doch das droht erst der Anfang zu sein.

Einige Arbeitgeberfunktionäre und Marktideologen reden von Massenentlassungen und Sozialabbau nach der Wahl am 27. September.

Lobbyisten und so genannte Experten fordern Lohnkürzung, weniger Urlaub und mehr Deregulierung.

Dafür brauchen sie eine ihnen genehme Regierung in Berlin.

Diesen Arbeitsplatzvernichtern und Krisengewinnlern müssen wir einen Strich durch die Rechnung machen.

Es wäre ein übler Treppenwitz der Geschichte, wenn von der Finanzmarktkatastrophe jene profitieren, die nicht weniger, sondern mehr Shareholder-Value-Kapitalismus wollten.

Ich kann alle demokratischen Parteien und die Regierung nur davor warnen, diesen Marktradikalen auf den Leim zu gehen.

Und ich will darauf hinweisen: Einer weiteren Demontage des Sozialstaates werden wir nicht tatenlos zusehen. Dann gilt: Wer Wind säht, wird Sturm ernten.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise sind längst nicht überwunden.

Deshalb kann uns nicht egal sein, wer bei der Bundestagswahl am 27. September die Nase vorn hat.

In den Betrieben geht es um die Rettung von Arbeitsplätzen, es geht um die Verhinderung von Massenentlassungen.

Dafür brauchen wir einen staatlichen Schutzschirm für Betriebe und Beschäftigte.

Es geht aber auch um die Zukunft der Mitbestimmung.

Wird sie eingeschränkt, wie die markthörige FDP das will, oder können wir erreichen, dass das Aktienrecht nicht mehr einseitig an den Gewinninteressen der Aktionäre ausgerichtet wird?

Die Erfahrungen aus unverantwortlicher Spekulation sind doch eindeutig: Wir brauchen mehr Mitbestimmung in den Aufsichtsräten, damit die Interessen der Beschäftigten nicht unter die Räder kommen, damit sie über Investitionen und Sicherung von Standorten mitentscheiden können.

Kolleginnen und Kollegen,

bei der Bundestagswahl geht es auch um die Frage: Wer zahlt die Milliardenlasten der Krise?

Das müsste doch allen klar sein: Das geht nicht ohne Umverteilung. Und zwar anders als in den vergangenen Jahren: Diesmal muss es von oben nach unten gehen.

Die Profiteure der vergangenen Jahre müssen für die Krise zahlen!

Da muss das Verursacherprinzip gelten – da darf sich die Politik nicht weiter herumdrücken.

Auch das will ich sagen: Ein Kurswechsel in der Steuerpolitik muss dafür sorgen, dass der Staat handlungsfähig bleibt, dass er in Bildung, Infrastruktur und zukunftsfähige Arbeitsplätze investieren kann.

Nur so gibt es eine gute Zukunft für Arbeit und Einkommen!

Und die Massenarbeitslosigkeit verschwindet ja nicht von selbst. Wenn das alleine den Marktkräften überlassen wird, dann haben wir nicht 3,5 sondern bald vier oder fünf Millionen Arbeitslose.

Mit der Verlängerung der Kurzarbeit, der Umweltprämie und dem Beginn des Konjunkturprogramms konnte bisher ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Das war ein Erfolg. Aber das reicht nicht.

Ich begrüße ausdrücklich Pläne und Vorschläge des SPD-Kanzlerkandidaten, mit Investitionen in Umwelt, Verkehr und Bildung bis zu vier Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ja, es ist schwierig, dieses Ziel zu erreichen.

Aber dass es Parteien gibt, die nicht vor der Massenarbeitslosigkeit kapitulieren, sondern sie bekämpfen wollen, das können wir als IG Metall nur unterstützen.

Es empört mich, dass eine Regierungspartei vor dieser Frage abtaucht, dass sie eine Auseinandersetzung darüber verweigert.

Es ist schön zu wissen, dass die CDU-Spitzenkandidatin in ihrer Freizeit gelegentlich Johannisbeerkekuchen backt.

Abgesehen davon, dass mir Johannisbeerkuchen seit meiner Kindheit ein Greuel ist: Die Menschen in Deutschland wollen vor allem wissen, mit welchen Rezepten die Union die Arbeitslosigkeit bekämpfen will.

Wir brauchen im Wahlkampf keine Scheingefechte auf Nebenkriegsschauplätzen. Die zentralen Fragen der Menschen müssen beantwortet werden.

Dazu gehören die Perspektiven für die Jugend. Was wird aus ihnen? Diese Frage kann doch niemanden kalt lassen.

Ich sage: Die Jugendarbeitslosigkeit und das Fehlen von Ausbildungsplätzen ist ein Skandal.

Die Politik darf nicht hinnehmen, dass hunderttausenden von jungen Menschen in Deutschland die Zukunft verbaut wird.

Recht auf Zukunft heißt doch nicht: Warteschleifen, unbezahlte Praktika und befristete Jobs zum Hungerlohn.

Recht auf Zukunft heißt gute Ausbildung, gute Arbeit und sichere Arbeitsplätze für alle.

Es sollen alle mal aufstehen, die heute Vormittag bei den Aktionen in der Innenstadt mitgemacht haben.

Die Aktionen waren prima. Sie haben der Öffentlichkeit gezeigt, dass die Jugend für ihre Interessen kämpft.

Und ich sage an die Adresse aller, die einen Krieg der Generationen heraufbeschwören wollen: Die IG Metall lässt nicht zu, dass Alt und Jung gegeneinander ausgespielt werden.

Wir wollen Ausbildung und gute Arbeitsplätze für die jungen, und einen gesicherten Lebensabend für die älteren Menschen.  
Beides ist miteinander verbunden und das ist möglich.

Dazu gehört eine Verlängerung der geförderten Altersteilzeit und ein flexibler Renteneintritt bis spätestens 65 Jahre, damit die jüngeren eine Perspektive haben.

Ich sage: Die Rente mit 67 ist ein Irrweg.

Kolleginnen und Kollegen,

Täuschen wir uns nicht: Marktradikale und Neoliberale sind Wiederholungstäter.

Sie haben aus der Krise nichts gelernt.

Schaut euch doch das jüngste „Arbeitspapier“ aus dem Ministerium des jungen Barons an. Das ist ja nur ein Beispiel.

Da ist nachlesbar, was die Marktradikalen wollen: Weniger Mindestlöhne, mehr Leiharbeit und noch niedrigere Unternehmenssteuern.

Das ist ihre Lehre aus der Krise.

Und die Beschäftigten, die Arbeitslosen und Rentner sollen dann die Zeche zahlen.

Ich sage: Diese Unbelehrbaren dürfen am 27. September nicht triumphieren.

Wir werden überall – in Betrieben und auf den Straßen - für eine hohe Wahlbeteiligung mobilisieren. Wir wollen Resignation und Fatalismus stoppen.



Wir werden uns einmischen. Wir werden unser Land nicht diesen Leuten überlassen.

Kolleginnen und Kollegen,

ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Die Krise muss Anstoß sein für einen grundsätzlich anderen, für einen solidarischen Entwicklungsweg von Wirtschaft und Gesellschaft.

Nicht mehr der Profit, sondern die Bedürfnisse und Interessen der Menschen, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit müssen im Mittelpunkt stehen.

Wie sieht eine solche Gesellschaft aus?

In dieser Gesellschaft ist der Wohlstand gerecht verteilt.

In ihr hat jeder Mensch – unabhängig von Herkunft und Geschlecht – das Recht auf gute Bildung, auf gute Arbeit und einen anständigen Arbeitsplatz.

In ihr werden die Generationen nicht gegen einander ausgespielt, sondern gestalten Alt und Jung gemeinsam die Zukunft.

In dieser Gesellschaft kann jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben führen, ohne Bevormundung und Unterwerfung unter die Diktatur des Profits.

Kolleginnen und Kollegen,

die Dortmunder Metallerinnen und Metaller können heute nicht hier sein.

Sie beteiligen sich in ihrer Stadt an Aktionen, um einen Aufmarsch der militanten Neo-Nazis zu verhindern.

Ich halte fest: Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen.

Ich sende im Namen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Veranstaltung solidarische Grüße von Frankfurt nach Dortmund.

Wir wünschen euch viel Erfolg.

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese braunen Volksverhetzer von der Krise profitieren und in den Bundestag einziehen.

Auch deshalb mobilisieren wir zur Wahl.

Wir wollen ein gutes Leben für alle – unabhängig von Hautfarbe und Herkunft. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten: bis zum 27. September und auch darüber hinaus.

Danke schön.